



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Finanzausschusses 18/1998-2003 am 05. November 2001 im Rathaus

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Frank Rauen
Ausschussmitglied	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Hans-Detlev Bruhn
Ausschussmitglied	Paul Giese
Ausschussmitglied	Klaus Himme
stellv. Ausschussmitglied	Horst Ostwald (für AM Klaus Kasch)
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Ausschussmitglied	Annette Marquis
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Ausschussmitglied	Detlef Reinke
Ausschussmitglied	Claus-Dieter Rommerskirchen

Bürgervorsteher Horst Schmidt

seitens der Gemeindeverwaltung: Bürgermeister Volker Dornquast
Helga Schwarz, zugleich als Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

Ausschussmitglied Klaus Kasch

Gemeindevertreter/innen als Zuhörer:

Gemeindevertreterin	Elisabeth v. Bressensdorf
Gemeindevertreter	Thomas Clasen
Gemeindevertreter	Johann Schümann

Tagesordnung:

- 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 17/1998-2003 am 05.09.2001**
- 2. 1. Beratung über den Haushaltsplan 2002**
- 3. Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2002-2005 mit Finanzplan**
- 4. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2000**



5. Nachträge zu Satzungen und Richtlinien wegen der Euroumstellung zum 01.01.2002

6. Unterrichtungen/Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

„Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 17/1998-2003 am 05.09.2001“

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 17/1998-2003 am 05.09.2001 werden keine Einwände erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

„1. Beratung über den Haushaltsplan 2002“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast gibt den Ausschussmitgliedern zunächst die Genehmigungsverfügung des Landrats des Kreises Segeberg zur Nachtragshaushaltssatzung 2001 zur Kenntnis. Es wird darin auf den zusätzlichen Fehlbedarf von 703.200,00 DM hingewiesen, der zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzsituation der Gemeinde führt. Der Gesamtfehlbedarf des Haushaltsjahres 2001 beträgt im Verwaltungshaushalt somit 2.606.100,00 DM. Die Gemeinde wird aufgefordert, bei der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2002 mögliche Einsparungspotentiale zu nutzen und eigene Einnahmefähigkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen.

Bürgermeister Dornquast führt weiter aus, dass die Reduzierung der Gewerbesteuererträge im Nachtragsplan um 3,5 Mio. DM nicht ausreichen wird, sondern mit weiteren Mindereinnahmen von rd. 2 Mio. DM zu rechnen ist. Dadurch erhöht sich das Defizit im Verwaltungshaushalt 2001 zum Jahresende voraussichtlich auf 2,2 Mio. €.

Der der Sitzungsvorlage zugrunde liegende Haushaltsplanentwurf 2002 ist ausgeglichen. Neben der Erwirtschaftung der Tilgungsleistungen ergibt sich ein Überschuss von 446.600,00 €, der einen geringen Teil des Defizits 2001 abdecken kann. Als weiterer Unsicherheitsfaktor ist aber auch die Einkommensteuer anzusehen. Die im November erwartete Steuerschätzung wird mit Sicherheit eine Korrektur der im Haushaltserlass 2002 vorgegebenen Zahlen nach unten zur Folge haben.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass der Ausgleich des Verwaltungshaushalts 2002 nur durch die Sonderzahlung bei der Konzessionsabgabe erreicht werden konnte. Da diese Zahlung im Haushaltsjahr 2003 entfällt und auch mit Mehreinnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer kaum zu rechnen ist, muss das Defizit aus dem Haus



haltsjahr 2001, das zwingend im Haushaltsjahr 2003 auszugleichen ist, bereits im kommenden Jahr erwirtschaftet werden. Das kann nur durch drastische Einsparungen in allen Bereichen gelingen und führt zum Abbau der Standards bei den bisher erbrachten Leistungen.

Als mögliche Einsparungspotentiale führt Bürgermeister Dornquast folgende Bereiche an:

- Unterhaltung der Straßen, Grünflächen und Gebäude
- Absenkung der Intervalle bei der Gebäude-, Glas- und Straßenreinigung
- Anschaffung/Ergänzung von beweglichem Vermögen (Einsparung 10 %-15 %)
- Weitere Kürzungen bei Schulen und Kindertagesstätten
- Kürzung der freiwilligen Leistungen um ca. 25 %
- Überprüfung von bestehenden Verträgen hinsichtlich der Bezuschussung
- Zuschüsse an Sportvereine und Jugendverbände
- Gebührenerhöhung für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen

Nach Auffassung von Bürgermeister Dornquast müssen alle politischen Parteien zusammen mit der Verwaltung nach Lösungen suchen, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu erhalten. Sollte es nicht gelingen, den Haushaltsplan 2003 wegen der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2001 auszugleichen, so wird eine Genehmigung der Haushaltssatzung 2003 durch die Kommunalaufsicht mit Sicherheit versagt. Der Gemeinde würden dann durch den Kreis entsprechende Vorgaben zur Kürzung freiwilliger Leistungen auferlegt werden. Um das jedoch zu verhindern, appelliert er an alle Beteiligten, Ausgabekürzungen und Abgabenerhöhungen gemeinsam zu tragen.

Zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses wird die Verwaltung einen Haushaltsplan vorlegen, der die von ihm bereits angesprochenen Einsparungsmöglichkeiten aufzeigt.

Auf Nachfrage von Frau Lessing beziffert Bürgermeister Dornquast die im Haushaltsjahr 2002 vorzunehmenden Einsparungen auf rd. 1.3 Mio. €, da dieser Betrag lt. Finanzplan im Haushaltsjahr 2003 zur Deckung des Fehlbetrages aus 2001 aufzubringen ist.

Herr Ostwald erklärt, dass auch der Sozialbereich in die Sparmaßnahmen einbezogen werden muss. Er lehnt jedoch eine pauschale 25 %-ige Kürzung ab. Nach Vorlage des bereits mehrfach geforderten Sozialkonzeptes müsse über die Durchführung jeder einzelnen Maßnahme entschieden werden.

Bürgermeister Dornquast sagt zur nächsten Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses eine umfangreiche Vorlage zu.

Herr Rauen stellt Frau Marquis die Frage, ob der Antrag der WHU trotz der aufgezeigten Finanzsituation bestehen bleibt.

Frau Marquis erwidert, dass mit diesem Antrag der Abstimmungsfehler des Ausschussmitgliedes der WHU im Sozial- und Gleichstellungsausschuss korrigiert werden soll. Aus diesem Grund wird der Antrag aufrecht erhalten.

Nach einer Sitzungspause lässt Herr Rauen über den Antrag der WHU-Fraktion abstimmen.



Dem Antrag

„die unter der Haushaltsstelle 47000.7000 veranschlagten Ansätze nicht, wie im Sozial- und Gleichstellungsausschuss am 13.09.2001 beschlossen, um 10 % zu kürzen, sondern in der ursprünglich vorgesehenen Höhe in den Haushalt aufzunehmen“

wird

bei 5 Stimmen dagegen (Herren Rauen, Brocks, Giese, Reinke und Rommerskirchen)

mit 6 Stimmen (Frau Lessing, Frau Marquis, Herren Bruhn, Himme, Ostwald und Pemöller)

zugestimmt.

Danach lässt Herr Rauen über die Vorlage der Verwaltung zum Verwaltungshaushaltsplan 2002 abstimmen.

Beschluss: Der Finanzausschuss sieht die Notwendigkeit, die Ausgaben im Verwaltungshaushalt um weitere 1,3 Mio. € zu kürzen.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

„Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2002-2005 mit Finanzplan“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass auch im Vermögenshaushalt 2002 Kürzungen und zeitliche Verschiebungen unumgänglich sind. Es muss hier bei jeder einzelnen Maßnahme geprüft werden, ob eine Reduzierung des Ansatzes, eine Verschiebung des Durchführungszeitraumes oder sogar eine Streichung der Maßnahme erfolgen kann.

Nach seiner Auffassung müssten folgende Investitionen auf den Prüfstand:

- Inventar und Erweiterung der EDV für die Verwaltung
- Inventar und Geräte für die Schulen einschließlich Kleintraktor für die Grundschule Ulzburg
- Technische Ausstattungen aller Wehren
- Mehrzweckfahrzeug (MZF)
- Grundschule Ulzburg-Süd mit Sporthalle
- Erneuerung von Sonnenschutzanlagen für die Schulen
- Ausbau zum vierzügigen Gymnasium (Bauablauf bis 2004)
- Naturerlebnisraum Pinnau-Niederung und Siebenstücken (hier wird von Herrn Ostwald mittelfristig eine Streichung vorgeschlagen)



- Verschiebung einiger Ausgleichsmaßnahmen
- Umbau der vorhandenen Schlichtwohnungen
- Inventar und Geräte für Kindertagesstätten
- Kindergarten Kammerloh (Fertigstellung in 2004)
- Spiel- und sonstige Geräte für das Naturbad Beckersberg
- Fahrradrastplatz südöstlich Götzberg
- Grillplatz an der ehem. EBOE-Trasse
- Rodelberg Kisdorf-Feld
- Geräte für alle Kinderspielplätze
- Deckensanierungen verschiedener Straßen
- Innerörtliche Wegweisung
- Radweg von der Straße Am Bahnbogen bis zur Gutenbergstraße
- Gehweg vom Bahnhof über EBOE-Fußgängerbrücke bis B-Plangebiet Nr. 59
- Inventar Bürgerhaus
- Fahrzeuge für den Baubetriebshof
- Erwerb von Aufforstungsflächen und Aufforstungsmaßnahmen

Auf die Frage von Herrn Ostwald, ob sich der Schulsport an der Realschule Rhen auch ohne die für 2002 vorgesehenen Sportaußenanlagen gestalten lässt, erklärt Bürgermeister Dornquast, dass die Realschule über keine leichtathletischen Anlagen verfügt, diese aber zur Normalausstattung einer Schule gehören.

Herr Ostwald regt an, die Herrichtung der öffentlichen Grünflächen in den B-Plangebietten konsequent um ein Jahr zu verschieben.

Bürgermeister Dornquast stimmt dieser Anregung zu, wobei jedoch das Straßenbegleitgrün nicht in die zeitliche Verschiebung mit einfließen kann.

Herr Rauen fragt an, ob sichergestellt ist, dass bei dem Erwerb von Gewerbeflächen nicht zu hohe Vorleistungen zu erbringen sind, sondern auch entsprechende Einnahmen zur Verfügung stehen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass hier in der Regel eine Parallelität gegeben ist. Mit dem Verkaufserlös von erschlossenen Gewerbeflächen werden zum Teil neue Gewerbegrundstücke erworben.

Herr Bruhn regt an, kaum genutzte Spielplätze in Wohngebieten als Baugrundstücke zu veräußern. Er verweist dabei auf den Kinderspielplatz im B-Plangebiet Hohenbergen. Da sich mit den Jahren die Altersstruktur der dort wohnenden Bevölkerung geändert hat, könnte auf den Spielplatz verzichtet werden.

Bürgermeister Dornquast sagt eine generelle Prüfung der Spielplätze hinsichtlich der Nutzung zu. Eine Veräußerung dieser Grundstücke kann aber nach seiner Auffassung nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass entsprechende Flächen in unmittelbarer Nähe des betreffenden Wohngebietes vorhanden sind, auf denen bei Bedarf ein neuer Spielplatz entstehen kann.



Beschluss: Der Finanzausschuss nimmt die finanziellen Auswirkungen, die bei der Umsetzung des Investitionsplanes für die Jahre 2002 – 2005 entstehen, zu Kenntnis und lehnt eine Neuverschuldung in der sich ergebenden Höhe ab.

Alle Investitionsmaßnahmen sind auf ihre Notwendigkeit und zeitliche Durchführbarkeit hin zu überprüfen.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

„Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2000“

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt den Ausschussmitgliedern der Bericht der vom Finanzausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung benannten Mitglieder vor. Da dieser Bericht erst vor Beginn der Sitzung ausgehändigt wurde, wird von Frau Lessing eingehend über die Prüfung berichtet.

Beschluss: Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Jahresrechnung 2000, die

im Verwaltungshaushalt mit 55.096.462,79 DM und

im Vermögenshaushalt

in Einnahme mit 28.630.802,09 DM und

in Ausgabe mit 29.898.073,73 DM

abschließt, zur Beschlussfassung.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

„Nachträge zu Satzungen und Richtlinien wegen der Euroumstellung zum 01.01.2002“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast verweist auf das strukturelle Defizit in den mittelfristigen Haushaltsplänen und regt entgegen der Vorlage an, die Steuer- und Gebührensätze wie folgt anzuheben:



1. Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer

Die Steuer beträgt jährlich

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
für den 1. Hund	40,00 Euro	50,00 Euro

2. Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten

Die Steuer beträgt für jeden angefangenen Kalendermonat je Gerät

1. in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 33 i der Gewerbeordnung

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
a) bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit	150,00 Euro	160,00 Euro
b) bei Geräten ohne Gewinnmöglichkeit	60,00 Euro	70,00 Euro

2. an allen anderen Aufstellungsorten

a) bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit	60,00 Euro	70,00 Euro
b) bei Geräten ohne Gewinnmöglichkeit	20,00 Euro	25,00 Euro

3. bei anderen Geräten, mit denen Gewalttätigkeit gegen Menschen dargestellt wird oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben

200,00 Euro	225,00 Euro
-------------	--------------------

3. Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Benutzung der Schlichtwohnungen

§ 3 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Die Benutzungsgebühr beträgt **2,50 €/m²** (bisher: 2,25 €/m²) Wohn- und Nutzfläche.

§ 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

Für eine tageweise Benutzung der Schlichtwohnungen wird eine Benutzungsgebühr von **2,00 € je Person** (bisher: 1,50 € je Person) erhoben.

Beschluss: Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Nachträge zu folgenden Satzungen und Richtlinien unter Berücksichtigung der o.g. Vorschläge zur Änderung der Steuer- und Gebührensätze gem. Vorlage zu beschließen:



- 1. Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer**
- 2. Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten**
- 3. Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung**
- 4. Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Benutzung der Schlichtwohnungen**
- 5. Satzung zum Schutze des Baumbestandes im Innenbereich der Gemeinde Henstedt-Ulzburg**
- 6. Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuschüssen bei der Gebäudeausstattung mit Regenwasseranlagen**

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

„Unterrichtungen /Anfragen“

Bürgermeister Dornquast bittet die Finanzausschussmitglieder um ihr Einverständnis, dass die Sitzungen des Finanzausschusses im Kalenderjahr 2002 jeweils an einem Mittwoch stattfinden.

Es werden keine Einwendungen erhoben.

Anfragen seitens der Ausschussmitglieder werden nichtgestellt.

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin

Gesehen:

(Volker Dornquast)